



### Presseschau vom 30.4.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.sputniknews.com: „Dramatischer Stimmungsumschwung“ in Italien: Europapolitiker warnt vor Propagandakrieg mit Moskau

In Italien kam die russische Hilfe in der Corona-Krise laut Meinungsumfragen gut an. In deutschen Medien wird diese Hilfe hingegen kritisiert. Von EU und Nato werden gleichzeitig Desinformationsvorwürfe gegenüber Moskau laut. MdB Andrej Hunko (Die Linke) sieht dahinter einen Propagandakrieg und warnt vor einem EU-Austritt Italiens. ...

<https://sptnkne.ws/CmXF>

#### Maxim Rubtschenko: Besser loswerden: Europa storniert Flüssiggas aus den USA

Amerikanisches Flüssiggas ist etlichen Kunden viel zu teuer. Energiekonzerne stornieren ihre Bestellungen in den USA: Den vereinbarten Kaufpreis zahlen sie zwar, verzichten aber auf die Abnahme des transatlantischen Gases. ...

<https://sptnkne.ws/CnpK>

#### Alexander Boos: Warum kramt Nato alte Pläne und Strategien aus dem Kalten Krieg hervor?

In der Kommandostruktur in Brüssel werten Vertreter der Nato gewonnene Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie aus. Das berichtet aktuell das Militär-Fachmagazin „Defense News“. Die westliche Militärallianz prüft, ob alte Strategie-Pläne aus dem Kalten Krieg gegen das neuartige Virus helfen könnten. Bundeswehr meldet über 340 Corona-Fälle. ...

<https://sptnkne.ws/Cnrrn>

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **Russlands Außenministerium beklagt „Fake-News-Pandemie“**

Die Anzahl der Medienberichte mit Fehlinformationen über Russland ist laut der Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in den letzten Wochen gestiegen. Das Land befinde sich im Zentrum einer „Pandemie mit Fake-News“.

„Wir haben unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass in den letzten Wochen ein neuer Desinformationsboom, eine Pandemie mit Fake-News begonnen hat, und wir stellen fest, dass wir als Land einen der Hauptplätze in dieser seltsamen Desinformationskampagne belegen“, sagte Sacharowa am Mittwoch bei einem Briefing.

Als Beispiel nannte sie die Berichte tschechischer Medien über den angeblichen Versuch, ein Attentat auf die am Abriss des Denkmals für den sowjetischen Marschall Iwan Konew beteiligten Beamten zu organisieren. Es gab aber auch andere Fälle. Laut Sacharowa versucht man Russland unter anderem „den Wunsch zuzuschreiben, die westliche Gemeinschaft und ihre Strukturen wie die Nato und die Europäische Union zu spalten“.

„Ein bestimmtes Stereotyp wird eingeflößt oder beigebracht, dass alles Gefährliche aus Russland kommt“, sagte Sacharowa.

Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass „viele der Probleme, mit denen westliche Länder heute konfrontiert sind, tieferliegend sind“.

„Aber einige unserer Kollegen im Westen machen sich nicht die Mühe, die Ursachen ihrer eigenen Schwierigkeiten zu analysieren, und versuchen aus Gewohnheit, die Täter von außen zu finden, nach externen Kräften zu suchen. In der Regel gehen sie einen ausgetretenen Weg und sagen, dass es hier um Russland geht“, unterstrich die Pressesprecherin.

„Wir haben uns daran gewöhnt, dass, wenn die Ergebnisse von Wahlen oder Referenden nicht den Wünschen unserer Partner entsprechen, sie Russland sofort eine Einmischung vorwerfen“. ...

de.sputniknews.com: **Moskau warnt Prag vor Folgen der Vergiftungsvorwürfe gegen Russland**

Tschechien sollte sich laut Warnungen aus Moskau darüber klar werden, dass Provokationen über die von Russland angeblich geplanten Giftstoffanschläge auf tschechische Politiker nicht ohne Folgen für die bilateralen Beziehungen bleiben würden.

„Wir gehen davon aus, dass Prag den Ernst der Folgen derartiger Manipulationen in vollem Umfang erkennt“, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch in Moskau.

Am Montag hatte die in Prag erscheinende Wochenschrift „Respekt“ mit Verweis auf „Quellen in örtlichen Geheimdiensten“ berichtet, dass ein Mann mit russischem Diplomatenpass vor drei Wochen nach Prag gekommen sei – mit dem tödlichen Pflanzengift Ricin in seinem Koffer. Das Gift sei für zwei Prager Kommunalpolitiker bestimmt - Ondřej Kolář, Bürgermeister des Sechsten Prager Stadtbezirks, und Oberbürgermeister Zdeněk Hřib, hieß es.

Die beiden hatten die Demontage des Denkmals für den sowjetischen Marschall Iwan Konew und die Umbenennung des Platzes vor der russischen Botschaft in Prag in Boris-Nemzow-Platz initiiert.

Zuvor hatte die Botschaft Russlands in einer Protestnote an das tschechische Außenamt darauf hingewiesen, dass unbegründete Attacken auf Russland und seine diplomatische Vertretung in Prag unzulässig seien. Präsidentensprecher Dmitri Peskow bezeichnete die tschechischen

Medienberichte als „Zeitungsente“. Sprecherin Sacharowa stufte diese Medienberichte als Fake-News ein, die die bilateralen Beziehungen weiter vergiften. Russlands Außenminister Sergej Lawrow warf der tschechischen Seite vor, bislang keine stichhaltigen Beweise für die von Russland angeblich geplanten Giftstoffattaken in Tschechien vorgelegt zu haben.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32699/04/326990433\\_0:80:2872:1634\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_7701cfdd77cb92c52d708ac9d96995a7.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32699/04/326990433_0:80:2872:1634_1000x0_80_0_1_7701cfdd77cb92c52d708ac9d96995a7.jpg.webp)

de.sputniknews.com: **Moskau: USA wollen leichte Atomwaffen salonfähig machen**

Die USA versuchen laut der Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa die Grenzen zwischen strategischen und nichtstrategischen Atomwaffen zu verwischen – das erhöht das Risiko eines Atomkonflikts.

Laut Sacharowa hat Moskau von einer erst kürzlich veröffentlichten Mitteilung des US-Außenministeriums Kenntnis genommen. Darin gehe es um die Entwicklung der Atomsprengköpfe W76-2, mit denen ballistische Raketen der U-Boote Trident 2 bestückt werden sollen. Die Entwicklung von leichten Atomwaffen würde als eine Reaktion der USA auf die „steigenden globalen Bedrohungen“ dargestellt – in erster Linie auf „das wachsende atomare Potenzial Russlands und Chinas“.

Sacharowa betonte, dass Moskau dies für einen gefährlichen Schritt halte, der zur Destabilisierung beitrage.

„Unserer Ansicht nach findet hier offenkundig eine gezielte Verwässerung der Grenzen zwischen nichtstrategischen und strategischen Waffen statt – und das führt zu einer Senkung der Atomschwelle und einer wachsenden Gefahr von Atomkonflikten. Dies ist nicht nur unsere Ansicht – einen ähnlichen Standpunkt in den USA nehmen auch renommierte Vertreter aus Akademikerkreisen sowie Abgeordnete im US-Kongress ein“, sagte die Sprecherin am Mittwoch in einem Briefing.

Für diesen Fall machte Sacharowa klar, dass Moskau jede Attacke mit Anwendung von ballistischen US-Raketen, welche von U-Booten abgeschossen würden, ungeachtet von deren Bestückung als einen atomaren Angriff werten werde.

„Diejenigen, die sich über die Flexibilität des nuklearen Potenzials des USA Gedanken machen möchten, seien daran erinnert, dass gemäß der russischen Militärdoktrin Aktionen dieser Art Grund für einen atomaren Gegenschlag vonseiten Russlands geben“, so Sacharowa abschließend.

**vormittags:**

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 29. April wurde kein Beschluss von**

Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 29. April 3:00 Uhr bis 30. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Jasnoje, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Jelenowka, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU das Feuer in Richtung Jasnoje eröffnet. Dabei wurde das Dach des Heizwerks in der Lenin-Straße 1b beschädigt.

Außerdem ist im Moment die Stromversorgung von Jasnoje ausgefallen.

Außerdem haben die BFU, wie bereits mitgeteilt wurde, gestern einen Artillerieschlag auf Staromichajlowka verübt. Infolge des Beschusses wurden Schäden an folgenden Häusern festgestellt:

Shukowskij-Straße 17, 42, 43.

Genauere Informationen werden noch ermittelt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 122.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 158.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

**de.sputniknews.com: Anti-Terror-Einsatz im Ural: Anschläge vereitelt, drei Extremisten eliminiert**

In Jekaterinburg, der Hauptstadt der Ural-Region, hat der russische Inlandsgeheimdienst FSB die Tätigkeiten von Extremisten unterbunden, die Terroranschläge vorbereitet haben sollen. Das teilte das Nationale Anti-Terror-Komitee am Donnerstag mit.

„Bei einer Anti-Terror-Operation wurden drei Personen eliminiert, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren“, heißt es.

**Sprengsätze, Waffen und Munition sichergestellt**

An dem Ort im Stadtbezirk Tschkalowski von Jekaterinburg, wo drei Extremisten getötet wurden, stellten FSB-Beamte selbstgebastelte Sprengsätze, Waffen und Munition sicher. Der Anti-Terror-Einsatz hatte um 00.30 Uhr Ortszeit (21.30 Uhr MESZ, am Mittwoch) auf Beschluss der regionalen FSB-Behörde im Stadtbezirk Tschkalowski von Jekaterinburg und in dem nahegelegenen Kreis Aramilski des Gebiets Swerdlowsk begonnen und wurde wenige Stunden später beendet.

**Jekaterinburg**

Jekaterinburg (bis 1991 Swerdlowsk) liegt am Uralgebirge und gilt als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Ural-Region. Die Stadt befindet sich knapp 1800 Kilometer östlich von Moskau und etwa 40 Kilometer östlich der geographischen Trennlinie zwischen Europa und Asien.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 7:40 Uhr das Feuer in Richtung **Wasiljewka** mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet.

Infolge des Beschusses wurde ein direkter Treffer auf ein Wohnhaus in der Krasnaja-Straße 86 registriert.

Nach vorläufigen Informationen wurden keine Opfer unter der Zivilbevölkerung festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

### de.sputniknews.com: **Kaliningrad statt Nachodka: „Akademik Cherskiy“ wieder auf neuem Kurs**

Das dem Konzern Gazprom gehörende Schiff „Akademik Cherskiy“, das als möglicher Fertigbauer von Nord Stream 2 betrachtet wird, hat erneut einen Kurswechsel gemeldet. Dies berichten russische Medien unter Berufung auf Daten der Monitoring-Ressourcen Marine Traffic.

Statt des zuvor angekündigten Endziels in Nachodka soll das Schiff nun nach Kaliningrad unterwegs sein, wo es am 1. Juli ankommen soll. Dabei soll das Schiff seinen Weg über die Skagerrak-Straße fortsetzen, die die Nord- und die Ostsee verbindet. Auf seinem Weg nach Kaliningrad soll das Schiff offenbar das Gebiet der Bauschlusssetappe von Nord Stream 2 passieren.

#### **Immer wieder neues Endziel**

Im Februar hatte die „Akademik Cherskiy“ ihren langfristigen Ankerort, den Hafen von Nachodka im Fernen Osten, verlassen und Kurs auf Singapur genommen, wo es am 22. Februar hätte ankommen sollen. Allerdings hatte das Schiff dann auch sein weiteres Reiseziel - Sri Lanka - passiert. Danach wurde der Kurs bis zur Stadt Suez verlegt, die Route dann aber wieder geändert: auf den Hafen Maputo in Mosambik. Danach war das Schiff auf dem Weg nach Kapstadt und hätte am 10. April in Kongo ankommen sollen. Danach änderte es seinen Kurs in Richtung Las Palmas. Von dort aus wurde die Route in die ägyptische Hafenstadt Port Said verlegt, wo das Schiff am 30. April erwartet worden sei. Allerdings passierte es die Straße von Gibraltar nicht und nahm Kurs auf den Nordatlantik, und zwar auf den Hafen Aberdeen in Großbritannien. Am Sonntag änderte die „Akademik Cherskiy“ erneut ihr Endziel.

#### **Eventueller Retter von Nord Stream 2**

Im Dezember 2019 hatte Russlands Energieminister Alexander Nowak erklärt, der Gazprom-Rohrverleger „Akademik Cherskiy“ sei eine der Varianten für den Fertigbau von Nord Stream 2, allerdings werde eine gewisse Zeit für die zusätzliche Vorbereitung des Schiffs erforderlich sein.

#### **Nord Stream 2**

Die Pipeline Nord Stream 2 hat einen geschätzten Wert von umgerechnet etwa 9,5 Milliarden Euro. Erdgas aus Russland soll in die EU durch zwei parallel verlaufende Stränge von mehr als 2400 Kilometer Gesamtlänge fließen – bis zu 55 Milliarden Kubikmeter jährlich. Die Leitung verläuft durch das Territorialgewässer Russlands, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands.

#### **Gegner und Befürworter**

Mehrere Länder stemmen sich gegen das Projekt: Die Ukraine befürchtet schwere Einbußen nach einem möglichen Wegfall des russischen Gastransits durch ihr Territorium. Polen, Lettland und Litauen lehnen das Vorhaben als politisch motiviert ab. Und die USA wollen russisches Pipelinegas in Europa durch ihr deutlich teureres verflüssigtes Erdgas (LNG) ersetzen.

Im Dezember 2019 hatte der US-Senat Sanktionen gegen das Gasprojekt Nord Stream 2 in seinen Gesetzentwurf über den Rüstungsetat (NDAA/National Defense Authorization Act) für 2020 einbezogen. Der amerikanische Staatschef, Donald Trump, unterschrieb das Dokument

am 20. Dezember.

Die aktivsten Befürworter der Leitung sind Deutschland und Österreich. Beide Länder sind der Ansicht, dass das Projekt die Energiesicherheit Europas stärken wird, und weisen auf die Zuverlässigkeit Russlands als Energielieferant hin. Präsident Putin zufolge soll der ukrainische Gastransit auch nach dem Fertigbau dieser Pipeline bestehen bleiben.

### **Moskau spricht von konkurrenzfähigem Projekt**

Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Nord Stream 2 ein ausschließlich kommerzielles und konkurrenzfähiges Projekt sei. Russlands Vize-Energieminister Pawel Sorokin sagte Mitte Februar in Berlin, die Ostsee-Gaspipeline werde bis Ende 2020 oder spätestens bis Anfang 2021 fertiggebaut.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32628/78/326287834\\_0:17:2048:1125\\_1000x0\\_800\\_1\\_51a3fc371fed09c91c5cdb108e8647c2.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32628/78/326287834_0:17:2048:1125_1000x0_800_1_51a3fc371fed09c91c5cdb108e8647c2.jpg.webp)

**Dnronline.su: Pressekonferenz des Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko**  
In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR **vier neue Fälle von Coronavirusinfektionen COVID-19** registriert.

Alle entdeckten Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits früher an COVID-19 Erkrankten, darunter ein Chirurg. Ein Patient wurde gestern gesund entlassen.

Insgesamt sind am 30. April um 10 Uhr in der DVR 100 Fälle von COVID-19 bestätigt. 86 Patienten befinden sich in Behandlung, 11 wurden gesund entlassen, es gibt drei Todesfälle.

**de.sputniknews.com: Putins Sprecher: USA halten an Eindämmung Russlands fest**

Trotz der weltweiten Folgen der Corona-Pandemie haben sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow nicht verbessert. Nach seiner Einschätzung geben die USA ihren Kurs auf eine Eindämmung Russlands nicht auf. Auch bei den Sanktionen sei kein Ende in Sicht.

„Ich denke nicht, dass jemand in Washington die Idee der Eindämmung Russlands wirklich aufgegeben hat“, sagte Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, in einem Interview mit dem TV-Sender RTVI.

Die Aussetzung der Finanzierung eines entsprechenden Programms in den USA führte er auf mögliche finanzielle Engpässe in der Corona-Krise zurück: „Schließlich wurde auch dort ein Hilfsprogramm für die Wirtschaft angekündigt, Geld ist einfach knapp.“

Peskow erwartet keine besseren Beziehungen zwischen Moskau und Washington in der Corona-Pandemie.

„Ich denke nicht, dass man von einem Umbruch oder einem Tauwetter sprechen kann. Ich denke nicht, dass das passieren wird“, so der Kreml-Sprecher. „Im gegebenen Fall handelt es sich schlicht um eine Zusammenarbeit in der Krise wie es sie schon immer gab.“

Zwar tausche sich der russische Präsident Wladimir Putin in der letzten Zeit öfter mit seinen

ausländischen Amtskollegen wie Donald Trump oder Emmanuel Macron über Themen aus, die von gegenseitigem Interesse seien, aber an den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen habe sich nichts geändert.

Auch sähe er keine Hinweise darauf, dass die westlichen Staaten ihre seit Jahren geltenden Sanktionen gegen Russland lockern wollen, sagte Peskow: „Solche Signale gibt es nicht“. Präsident Putin stelle diese Frage nie bei Kontakten mit seinen ausländischen Kollegen.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32469/24/324692442\\_0:83:3950:2216\\_1000x0\\_800\\_1\\_717cdc2fb83f95020e8437f32c8a0408.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32469/24/324692442_0:83:3950:2216_1000x0_800_1_717cdc2fb83f95020e8437f32c8a0408.jpg.webp)

**Dan-news.info: Die Stromversorgung von Jasnoje, die durch einen Beschluss der BFU ausgefallen war, ist wieder in Betrieb, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.**

**de.sputniknews.com: Ukraine-Konflikt: Maas fordert vollen Zugang für OSZE-Beobachter**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat eine Aufhebung aller Einschränkungen für die OSZE-Beobachter in der Ukraine gefordert. Ohne deren objektive Einschätzung ließen sich die Vereinbarungen nicht umsetzen, sagte er am Donnerstag vor einer Videokonferenz mit seinen Kollegen aus Russland, der Ukraine und Frankreich in Berlin.

„Die Corona-Pandemie trifft die Menschen in der Ost-Ukraine hart. Die ältere Bevölkerung ist besonders schwer von der aktuellen Schließung der Kontaktlinie getroffen. Deshalb arbeiten wir dafür, dass wir in dieser Krise jetzt schnell humanitäre Fortschritte erreichen“, wird Maas vom Auswärtigen Amt zitiert.

„Wir werden deshalb die Öffnung der Kontaktlinie und die Frage von Übergängen diskutieren. Dies wären Fortschritte, die den Menschen in der Ost-Ukraine echte Erleichterung bringen würden.“

Deutschland und Frankreich setzten sich dafür ein, dass durch das Normandie-Format eine Gesprächsatmosphäre geschaffen werde, „die Zählbares erreicht“. „Jetzt brauchen wir dazu ein klares Bekenntnis Russlands und der Ukraine, deren Rolle es ist, die Minsker Abkommen umzusetzen“, so Maas.

„Ein Teil davon muss aus unserer Sicht sein, dass die Sonderbeobachtungsmission der OSZE ihrer Arbeit auf dem gesamten Territorium der Ukraine nachgehen kann – ohne Einschränkungen und Hindernisse. Ohne die objektive Einschätzung der Sonderbeobachtungsmission lassen sich die Vereinbarungen nicht umsetzen. Dazu ist das gegenseitige Misstrauen zu groß.“

Maas rief Russland dazu auf, seinen Einfluss auf die Milizen in der Ostukraine geltend zu machen. Moskau sieht sich nicht als eine Konfliktpartei in der Ukraine und geht davon aus, dass die Regierung in Kiew und die abtrünnige östliche Region Donbass das Friedensabkommen in Koordination miteinander umsetzen müssen.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/31887/29/318872950\\_0:373:3000:1996\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_fd62457c2811802e1accb9d9ce7278d6.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/31887/29/318872950_0:373:3000:1996_1000x0_80_0_1_fd62457c2811802e1accb9d9ce7278d6.jpg.webp)

### Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 30. April 2020**

Die ukrainischen Besatzer haben ein weiteres Mal ein Verbrechen begangen und den Waffenstillstand verletzt, indem sie friedliche Stadtteile von Ortschaften unserer Republik mit 122mm-Artilleriesystemen und 120mm-Mörsern beschossen haben.

Heute um 7:40 Uhr haben die Besatzer **Wasiljewka** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Während des hinterhältigen Beschusses, den die Strafruppen am frühen Morgen durchführten, als die örtlichen Einwohner sich in ihren Häusern befanden, wurde durch einen direkten Treffer auf das Dach das Haus in der Krasnaja-Straße 86 beschädigt.

Außerdem hat der Feind heute Nacht einen heftigen Artillerieschlag auf **Staromichajlowka** verübt und auf friedliche Stadtteile 15 122mm-Granaten abgefeuert. Infolge des Artillerieschusses wurden die Häuser in der Shukowskij-Straße 17, 42 und 43. beschädigt.

Es ist wichtig anzumerken, dass das **Artillerieschuss unter Einsatz einer Drohne ASU-1 „Walkirija“ geleitet** wurde. Die BFU verfügen über die Drohne, die zur Aufklärung und Leitung von Artillerieschuss vorgesehen ist, was nur bestätigt, dass die ukrainischen Besatzer zielgerichtet Schläge auf friedliche Stadtteile verüben.

Dank sachkundiger und koordinierter Handlungen von Soldaten der Luftabwehreinheiten und von Mannschaften der elektronischen Kriegführung des Einheitlichen Systems für komplexen Schutz „Mantija-ARP“ unter Einsatz einer Station der elektronischen Kriegführung „Triton-M1“ wurde die **ukrainische Drohne abgeschossen, was die Besatzer zwang, das Feuer einzustellen.**

Nach operativen Informationen unserer Aufklärung leitete der Kommandeur der 1. Haubitzenartillerieabteilung der 28. Brigade Oberstleutnant W.I Podwysozkij persönlich den Feuereinsatz.

Außerdem hat der Feind am Morgen den **Rand von Donezk** beschossen und auf das Gelände des ehemaligen „Volvo-Zentrums“ 20 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert. Das **Feuer wurde auch mit Hilfe einer Drohne des Typs „Quadrokopter“ geleitet, die von unseren Luftabwehreinheiten vernichtet wurde.**

Außerdem wurde nach genaueren Informationen während des gestrigen Beschusses von **Jasnoje** mit Schützenpanzerwaffen durch Kämpfer aus der 128. Brigade das Heizwerk in der Lenin-Straße 1b beschädigt, der Beschuss führte zum Stromausfall in der Ortschaft. Derzeit führen Mitarbeiter der Notfalldienste Reparaturarbeiten aus.

Wir hoffen, dass die Ukraine heute beim Treffen der Außenminister des „Normandie-Quartetts“ erklären wird, wie ihre lautstarken Erklärungen über ihre Absichten zu einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass und der Artillerieschuss von Ortschaften unserer Republik, in dessen Folge friedliche Einwohner sterben und verletzt werden und ihre

Häuser zerstört werden, zusammenhängen.

Gesondert möchte ich unterstreichen, dass nach Informationen unserer Aufklärung derzeit **Spezialisten für informationspsychologische Operationen der BFU** in Krasnogorowka eine **provokative Theaterinszenierung unter Heranziehung von Journalisten** des Fernsehsenders „Ukraina“ vorbereiten. Die Gewährleistung der Arbeit der Propagandisten liegt beim Kommandeur des 1. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade Major Ju. W. Tkatschuk.

Nach vorliegenden Informationen hat der Bataillonskommandeur Tkatschuk unter Leitung ukrainischen Propagandisten in der Ortschaft zwei Nichtwohnhäuser ausgesucht, in die Sprengstoff sowie Kanister mit brennbaren Flüssigkeiten gelegt wurden, um sie vor den Videokameras der Journalisten vorsätzlich zu sprengen und in Brand zu setzen. Außerdem wurde zu den Aufnahmen eine alte Frau des benachbarten Kurachowo, Anna Wassiljewna T., herangezogen, die für eine Geldzahlung zustimmte mitzuteilen, dass sie in einem der abgebrannten Häuser wohnte und dass der Grund des Brandes Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR war.

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Schwelbrände in Sperrzone von Tschernobyl: Ukrainische Feuerwehr setzt Löscharbeiten fort**

Die Waldbrände in der Sperrzone Tschernobyl sind lokalisiert, die Feuerwehrleute löschen derzeit einzelne Schwelherde. Dies berichtete die ukrainische Zivilschutzbehörde am Donnerstag.

Demnach helfen derzeit (Stand 6.00 Uhr MESZ) die Einheiten des Zivilschutzes der ukrainischen Behörde für Verwaltung der Sperrzone bei der Löschung von einzelnen Schwelherden wie Baumstümpfen, Resten von Baustämmen und Torfböden, die noch nicht völlig verbrannt seien.

Am Dienstag sollen die Feuerwehrleute zwei letzte Brandherde lokalisiert haben.

Bei den Löscharbeiten seien 207 Rettungskräfte, mehr als 60 Feuerwehrfahrzeuge und zwei Hubschrauber im Einsatz. Die letzteren hätten in den zurückliegenden 24 Stunden 84 Tonnen Wasser auf die Brandflächen abgeworfen.

Nach Angaben der ukrainischen Behörde für Verwaltung der Sperrzone Tschernobyl haben die Brände im Sperrgebiet die Vegetation auf der Fläche von 20.000 Hektar vernichtet. Die Hälfte davon sei Waldgebiet.

**Waldbrände im Sperrgebiet Tschernobyl**

Am 4. April war es im Sperrgebiet von Tschernobyl zu einem Brand gekommen. Ursprünglich hatte die Brandfläche 20 Hektar betragen, später vergrößerte sie sich auf 35 Hektar.

Am 14. April gab die ukrainische Katastrophenschutzbehörde bekannt, der Brand sei lokalisiert worden und solle im Laufe von nur wenigen Tagen gelöscht werden. Allerdings erschwerte starker Wind die Löscharbeiten und führte zu einer Ausweitung der Feuerfläche. Dank den Bemühungen der Feuerwehr erreichten die Flammen weder das Atomkraftwerk Tschernobyl noch Atom Mülllager. Der Gehalt radioaktiver Nuklide in der Luft über der Sperrzone sowie den anliegenden Gebieten lag innerhalb der maximal zulässigen Konzentration.

Nach Angaben des ukrainischen Zivilschutzes und der Polizei sind die Brände auf den schneearmen Winter und die trockene Waldstreu zurückzuführen. Zudem wurden zwei Personen festgenommen, die verdächtigt werden, an den Bränden in der Tschernobyl-Zone beteiligt gewesen zu sein.

Infolge der Explosion des Blocks 4 in dem damals sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 wurden 46.500 Quadratkilometer in Weißrussland, 50.000

Quadratkilometer in der Ukraine und fast 60.000 Quadratkilometer in Russland radioaktiv kontaminiert.



[https://cdnde7.img.sputniknews.com/img/32699/27/326992767\\_0:106:3184:1829\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_c3cca5a2dad17bde3793efd61da9b5cd.jpg.webp](https://cdnde7.img.sputniknews.com/img/32699/27/326992767_0:106:3184:1829_1000x0_80_0_1_c3cca5a2dad17bde3793efd61da9b5cd.jpg.webp)

### armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 30.04.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden 11-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade Martschenkos und der 128. Brigade Gontscharuks das Feuer mit 122mm-Artilleriesystemen, 82mmMörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Staromichajlowka, Jelenowka, Jasnoje, Dokutschajewsk** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet.

Infolge kriminellen Beschusses wurden Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur festgestellt. In Jasnoje wurden das Gebäude eines Heizwerks in der Lenin-Straße 1b und eine Stromleitung beschädigt, weswegen die Stromversorgung der Ortschaft ausfiel. In Staromichajlowka wurden infolge des Artilleriebeschusses drei Wohnhäuser in der Shukowskij-Straße 17, 42 und 43 beschädigt.

Während des Beschusses von Staromichajlowka mit 122mm-Artillerie führte der Kommandeur der 1. Haubitzenartillerieabteilung Oberstleutnant Podwysozkij die Feuerleitung unter Einsatz einer Drohne ASU-1 des Typs „Walkirija“ durch, die ein Standardmittel der ukrainischen Streitkräfte zur Feuerleitung ist. Dank der sachkundigen und organisierten Handlungen von Soldaten von Luftabwehreinheiten und Mannschaften der elektronischen Kriegsführung des einheitlichen Systems zum komplexen Schutz „Mantija-ARP“ wurde die ukrainische Drohne abgeschossen und die Besatzer stellten den Beschuss ein.

Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Gontscharuk und Martschenko hinzuzufügen.

**Heute um 7:40 Uhr** haben die Besatzer **Wasiljewka** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Infolge des hinterhältigen Beschusses durch die Straftruppen am frühen Morgen, als sich die friedlichen Einwohnern in ihren Häusern befanden, wurde durch einen direkten Treffer auf das Dach das Haus in der Krasnaja-Straße 86 beschädigt.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass die Besatzer **während des Beschusses von Staromichajlowka 122mm-Artilleriesysteme 2S1 „Gwosdika“ eingesetzt haben, deren Verlegung tagsüber stattfand**, was von Einwohnern von Krasnogorowka bestätigt wird, die die Technik in Begleitung von Patrouillen der Nationalgarde, die in ausreichender Entfernung von der Kolonne fuhren und die Menschen mit der Forderung, die Quarantänemaßnahmen einzuhalten, in die Häuser trieben, gesehen haben.

**Die genannten Beschießungen bringen wir mit dem heute bevorstehenden Treffen der Außenminister des „Normandie-Quartetts“ und der von der ukrainischen Führung betriebenen Informationskampagne zur Diskreditierung der Volksmiliz der DVR in Zusammenhang.**

Nach Informationen unserer Aufklärung wurden in Krasnogorowka vom Kommandeur des 1. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade Major Tkantschuk unter Leitung ukrainischen Propagandisten aus dem 72. Zentrum für informationspsychologische Operationen zwei Nichtwohnhäuser ausgewählt, in die Sprengstoffe und Behälter mit brennbaren Flüssigkeiten gelegt wurden, um sie vor den Videokameras von Journalisten in Brand zu setzen. Außerdem wurde zu den Aufnahmen eine alte Frau aus dem benachbarten Kurachowo, Anna Wasiljewna T., herangezogen, die gegen eine Geldzahlung zustimmte fälschlich mitzuteilen, dass die in einem der abgebrannten Häuser wohnte und dass die Ursache des Brands Beschuss von Seiten der Volksmiliz der DVR gewesen sei.

**Allem Anschein nach wird die Untätigkeit der Beobachter der OSZE-Mission von den ukrainischen Banden als Anleitung zum Handeln aufgefasst.** Im Zeitraum seit dem 22. April wurde Staromichajlowka auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko von Kämpfern der 28. Brigade viermal beschossen, es wurden sieben Wohnhäuser beschädigt.

Wir haben mehrfach mitgeteilt, dass in Wohngebieten von Krasnogorowka Waffen der 28. Brigade stationiert sind, was auch von OSZE-Beobachtern festgestellt wurde, aber die verbotenen Waffen der Besatzer bleiben weiter in der Ortschaft und verüben Schläge auf zivile Infrastruktur und fügen friedlichen Einwohnern unserer Republik Leid zu.

Wir wenden uns an die Beobachter der OSZE-Mission und rufen sie auf, sich in das Geschehen einzumischen und die bewaffneten Formationen zu zwingen, die erreichten Vereinbarungen einzuhalten.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der BFU** in der OOS-Zone. In den letzten 24 Stunden starben zwei Besatzer, einer wurde verletzt.

Auf den Positionen der 28. Brigade im Gebiet von Marjinka fand vor dem Hintergrund der geplanten Ernennung von Saakaschwili zum Premierminister der Ukraine ein Konflikt zwischen Nationalisten und georgischen Söldnern, die auf der Seite der ukrainischen Banden kämpfen, statt. Während des entflammenden Streits schoss einer der Nationalisten den Soldaten Goginaschwili mit einer Pistole in den Bauch, darauf erwiderte er mit einer Salve auf einer AK-74-Maschinenpistole. Im Ergebnis des Schusswechsels wurde Goginaschwili, der eine Schutzweste trug, verletzt, die Soldaten Miroshnik und Sobko starben vor Ort an ihren Verletzungen.

Nach bestehender Tradition wird der Brigadekommandeur Martschenko die genannten nicht kampfbedingten Verluste auf Beschuss von Seiten des Gegners schieben.

de.sputniknews.com: **Neben Corona droht Hunger – Nahrungssicherheit in Afrika gefährdet**

Während die Corona-Pandemie mittlerweile ein globales Problem ist, haben Länder wie Nigeria noch größere Notlagen. Viele Menschen mit systemrelevanten Berufen – wie beispielsweise Transportdienstleister – bleiben zu Hause. Durch den Wegfall ihrer Arbeit könnte das Problem in Afrika von einer medizinischen Krise zu einer Hungerkrise wachsen. Weltweit nimmt das Coronavirus die Schlagzeilen ein: Die Krankheit Covid-19 ist zu einem globalen Problem geworden. In Afrika sind jedoch die Folgen, die aufgrund des Virus

anstehen, vielfach schlimmer als erwartet. So sind es nicht die Infektionszahlen, die der Bevölkerung in beispielsweise Nigeria Angst machen, sondern die Ausfälle von LKW-Fahrern und Transportdienstleistern, die Nahrungsmittel liefern.

### **Kein Transport – keine Käufer**

Auch wenn die Lieferung von Nahrungsmitteln vorgesehen wäre, bleiben viele Fahrer aus Angst zuhause, um sich selbst vor übereifrigen Polizisten zu schützen, welche sie trotz Fahrerlaubnis verhaften oder mit Bußen bestrafen könnten. So beschreibt es die internationale Nachrichtenagentur Reuters in einem Artikel. Laut dem Transportunternehmen „Kobo360“ sei 30 Prozent der Flotte in Nigeria, Kenia, Togo, Ghana und Uganda nicht aktiv.

Diese geminderte Transportleistung resultiert darin, dass das Getreide anfängt zu verrotten. Laut Reuters beklagen Bauern, dass sie ihre Produkte nicht weiterverkaufen und die Müller ihren gemahlten Reis nicht zu den Käufern bringen können. Dies treffe Millionen von Menschen in Regionen, die auf diese Weise nicht ihrer Nahrung erhalten könnten, so die Vereinten Nationen (Uno). Zu den Verlusten der regionalen Bauern kommt erschwerend hinzu, dass zudem der Reis-Import von Staaten wie Indien, Vietnam und Kambodscha zu einem großen Teil wegfällt.

Die Weltbankgruppe habe Besorgnis geäußert, dass die Subsahara-Regionen Afrikas statt einer gesundheitlichen in eine Krise der Nahrungsmittelversorgung rutschen. Auch die Vereinten Nationen befürchten, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus die Zahlen der Menschen ohne sicheren Zugang zu Nahrung verdoppeln könnten – Sie halten 265 Millionen Betroffene für wahrscheinlich.

### **Staatliche Reserven vergrößern**

„Keine Frage, es gibt ein bevorstehendes Problem der Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung, nicht nur in Nigeria, sondern weltweit in gewissen Staaten“, so der Nigerianische Landwirtschaftsminister, Muhammed Sabo Nanono, zu Reuters. Er berichtete auch davon, dass es rund 38.000 Tonnen Getreide gäbe, die der Staat als strategische Reserve kontrolliert. Vorgesehen sei, diese Reserve um 100.000 Tonnen zu vergrößern.

Ob dies reichen wird, bleibt jedoch ungewiss. Laut einer Analyse des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten importiere Nigeria rund einen Drittel seiner Nahrungsmittel aus anderen Staaten. Und auch wenn limitierter Export in gewissen Staaten wie Vietnam oder Kambodscha möglich ist, so hätte die Pandemie einen riesigen Einfluss auf die Preise. In Abuja und Lagos sei der Preis für einen importierten Sack Reis um 7,5 Prozent gestiegen. Reis bei lokalen Händlern wäre ebenfalls um sechs bis acht Prozent teurer geworden. Dies stelle für ärmere Bevölkerungsschichten wiederum ein großes Problem dar.

### **Ostafrikanische Regionen ebenfalls betroffen**

Auch in Kenia sehe die Situation düster aus. Die staatlichen Reserven seien hier schon aufgebraucht und an Haushalte mit geringen Einkommen verteilt worden. Angenommen der Zustand der Importe bleibe unverändert, würde der Osten Afrikas unter 50.000-60.000 fehlenden Tonnen Reis leiden. Diese Zahlen kämen von Mital Shah, dem Geschäftsführer von „Kenya-based Sunrice“, dem regional größten Importeur von Reis. In diesem Sinne sei die Versorgung von Reis aus Staaten wie Nigeria umso wichtiger geworden, da in Ostafrika Heuschreckenplagen über der Region wüten und regionale Reisflächen zerstören.

### **Hilfe der Regierung**

Nach einer Studie des nigerianischen Unternehmens „AFEX Commodities Exchange Limited“ stehe den Bauern in Nigeria ungefähr 20 Prozent weniger Dünger zur Verfügung. Auch zeigt das Dokument, dass lediglich eine Million Hektar landwirtschaftlich genutzt werden können statt der normalerweise die 30 Millionen. Grund dafür seien fehlende Samen. Die Regierung Nigerias habe laut Reuters einen Arbeitsstab erstellt. Dieser solle dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Schäden, die durch die Corona-Pandemie entstehen, so gering wie

möglich gehalten werden. So sei bald möglich, dass LKW-Fahrer, die für Lebensmitteltransport zuständig sind, mit spezieller Identifikation ausgestattet werden. Damit würden sie willkürlichen Kontrollen von Polizisten nicht zum Opfer fallen. Außerdem bemühten sich die Stäbe darum, den Bauern genug Dünger zur Verfügung zu stellen. Die Weltbank beteilige sich ebenfalls, indem sie den Versuch unternahme, die finanziellen Mittel für afrikanische Landwirte zu erweitern.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32699/40/326994096\\_0:341:3072:2003\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_5cc42f6541e0ea78ca5d017eb6fe6da3.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32699/40/326994096_0:341:3072:2003_1000x0_80_0_1_5cc42f6541e0ea78ca5d017eb6fe6da3.jpg.webp)

### Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Informationen von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Lage im Donbass zu destabilisieren, um die LVR am Tag des Treffens der Außenminister des „Normandie-Formats“ zu diskreditieren. Nach Angaben unserer Quellen sind **in Richtung Staniza Luganskaja Provokationen im Verantwortungsbereich der 25. Brigade der BFU** festzustellen. Der Kommandeur der OOS Krawtschenko hat den in die Zone der Strafoperation abkommandierten Offizieren für informationspsychologische Operationen den Auftrag erteilt, **kontrollierte Massenmedien hinzuziehen, um die LVR eines unmenschlichen Verhältnisses gegenüber der Zivilbevölkerung am KPP „Staniza Luganskaja“ zu beschuldigen**. Um Foto- und Videoaufnahmen zu organisieren, hat der Stab der OOS drei Journalistengruppen der Fernsehsender „1+1“, „112 Ukraina“ und „Fakty ICTV“ herangezogen. Obwohl der Ein- und Ausreisepunkt „Staniza Luganskaja“ im Zusammenhang mit der angespannten epidemiologischen Lage geschlossen ist, planen die Besatzer einen Bus mit bezahlten Personen heranzubringen, deren Aufgabe es sein wird, unter dem Anschein von örtlichen Einwohnern zu versuchen, den KPP unter allen möglichen erdachten, angeblich lebenswichtigen Vorwänden zu passieren.

Wir wenden uns an die Bürger der Ukraine! Gehen Sie für keinerlei Geldzahlungen darauf ein, an inszenierten Aufnahmen von von den Besatzungskräften kontrollierten Massenmedien teilzunehmen. Ihr Leben hat für die ukrainischen Propagandisten keinerlei Wert, die sind bereit, Sie unter das Feuer der ukrainischen Streitkräfte zu bringen, um ihre hinterhältigen Ziele zu erreichen....

### ukrinform.de: **Rada fordert Parlamente der Welt zur Verurteilung bewaffneter Aggression Russlands in der Ukraine auf**

Die Mitglieder des ukrainischen Parlaments haben eine EntschlieÙung über den Appell der

Werchowna Rada der Ukraine an die Parlamente ausländischer Staaten und die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen, die bewaffnete Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine zu verurteilen, angenommen. Die Entscheidung wurde von 309 Abgeordneten unterstützt, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Die Werchowna Rada appelliert an die Parlamente ausländischer Staaten und die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen, das Vorgehen der Russischen Föderation zu verurteilen, das gegen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine gerichtet ist, das im Widerspruch zu den allgemein anerkannten Grundsätzen und Normen des Völkerrechts steht, den politisch-diplomatischen und Sanktionsdruck auf den Besatzer-Staat bis zum vollen Stoppen von ihm der bewaffneten Aggression und bis zur Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten nationalen Grenzen zu erhöhen“, steht im Text der EntschlieÙung. Darüber hinaus bittet das ukrainische Parlament in der EntschlieÙung „Über den Appell der Werchowna Rada der Ukraine an die Parlamente ausländischer Staaten und die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen zur Verurteilung der anhaltenden bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, der illegalen Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie der Besetzung bestimmter Rayons der Gebiete Donezk und Luhansk, der politischen Unterdrückung gegen die Bürger der Ukraine und die Freilassung politischer Gefangener - Bürger der Ukraine“ (Nr. 3068), die Politik der Nichtanerkennung der Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol fortzusetzen und die Verletzung der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten durch die russische Besatzungsverwaltung in den vorläufig besetzten Gebieten zu verurteilen.

Die Werchowna Rada bittet ausländische Parlamente und Parlamentarische Versammlungen, alle möglichen internationalen politisch-diplomatischen und Sanktionsmechanismen gegen die Russische Föderation einzusetzen, damit sie alle Personen, deren Inhaftierung durch die anhaltende bewaffnete Aggression Russlands gegen die Ukraine verursacht ist, sowie alle anderen Bürger der Ukraine, die die Russische Föderation illegal in den vorübergehend besetzten Gebiete der Autonomen Republik Krim, der Stadt Sewastopol, in bestimmten Rayons der Regionen Donezk und Luhansk sowie in der Russischen Föderation gefangen hält, umgehend freilässt.

Des Weiteren fordert die Rada auf, von der Russischen Föderation den Verzicht auf die Ausweitung des aggressiven Vorgehens in der Schwarzmeerregion, die Sperrung der kommerziellen Schifffahrt in großen Gebieten des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres unter dem Vorwand militärischer Übungen, auf die Blockade ukrainischer Häfen mit dem Einsatz der Hybridmethoden und die Einhaltung internationaler Standards und Normen des Seerechts zu fordern.

### de.sputniknews.com: **Corona-Krise: China reagiert auf US-Drohungen**

Die von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen USA werfen China immer wieder vor, das Virus in die Welt gesetzt zu haben. Laut dem Sprecher des chinesischen Außenministeriums Geng Shuang muss Washington jedoch begreifen, dass ihr Feind nicht China, sondern das Virus ist.

„In Bezug auf die Frage der Verantwortung haben wir bereits mehrmals gesagt, dass das Virus ein gemeinsamer Feind der Menschheit ist. China ist auch eine betroffene Seite und kein ‚Komplize‘ des Virus“, sagte Geng Shuang am Donnerstag.

Er fügte hinzu, dass die internationale Gemeinschaft angesichts der globalen Gesundheitskrise sich vereinigen und zusammenarbeiten müsse, um das Problem zu lösen.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump China vorgeworfen, schwere Versäumnisse beim Ausbruch des Coronavirus zugelassen zu haben. Das Virus hätte in China gestoppt werden

können, bevor es sich weltweit ausbreitete. China müsse zur Verantwortung gezogen werden, sollte sich herausstellen, dass die Volksrepublik für den Ausbruch verantwortlich sei, so Trump. Er schloss nicht aus, dass es sich dabei um einen Fehler gehandelt haben könnte. „Wenn es ein Fehler war, ein Fehler ist ein Fehler“, sagte Trump. „Aber wenn sie wesentlich dafür verantwortlich waren, dann sollte es sicherlich Konsequenzen geben.“ Wie diese aussehen könnten, erläuterte Trump nicht.

Die USA sind am schlimmsten von dem Coronavirus SARS-CoV-2 betroffen, das erstmals im Dezember 2019 in China entdeckt worden war. Nach Angaben der Johns Hopkins University (JHU) in Baltimore gab es in den Vereinigten Staaten bislang mehr als eine Million Infektions- und mehr als 60.000 Todesfälle.

Weltweit zählt die JHU, die sich in ihren Erhebungen nicht nur auf Behördenangaben, sondern auch auf Medien stützt, bereits mehr als 3,2 Millionen Infektionen und rund 228.000 Tote.



[https://cdnde7.img.sputniknews.com/img/32601/12/326011238\\_0:0:3072:1662\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_2cab2bbbf537d5ad32e8c266611c833.jpg.webp](https://cdnde7.img.sputniknews.com/img/32601/12/326011238_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_2cab2bbbf537d5ad32e8c266611c833.jpg.webp)

**Dan-news.info: Das Ende des Schuljahrs bleibt bei den allgemeinbildenden Schulen, also bis zur 11. Klasse, in der DVR unverändert der 29. Mai,** teilte der stellvertretende Minister für Bildung und Wissenschaft Andrej Udowenko mit.

Nach dem 8. Mai werden im Unterschied zu den üblichen Verfahren, keine neuen Themen im Unterricht behandelt, diese werden auf den Beginn des neuen Schuljahrs verschoben. In der restlichen Zeit des laufenden Schuljahres werden bereits behandelte Themen wiederholt, ohne Hausarbeiten und Prüfungen, außer Zwischen- und Abschlussprüfungen.

### de.sputniknews.com: „Unfassbar“: Lawrow zu Vergiftungsvorwürfen tschechischer Medien gegen Russland

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Donnerstag die tschechischen Medienberichte über die von Russland angeblich geplanten Giftstoffanschläge auf tschechische Politiker als „unfassbar“ bezeichnet.

„Wenn Sie in der Aktentasche eines Passagiers einen Kampfgiftstoff entdecken, lassen Sie diesen Menschen durch? Und wie werden Sie ihm erlauben, sich weiter auf Ihrem Territorium aufzuhalten? Das ist meiner Meinung nach unfassbar“, sagte Lawrow bei einer Pressekonferenz, die nach einem Video-Treffen der Außenminister des sogenannten Normandie-Quartetts (Russland, Deutschland, Frankreich und Ukraine) stattfand.

„Als Ihre Kollegen vom Radiosender ‚Swoboda‘ meldeten, dass Ricin (tödliches Pflanzengift – Anm. d. Red.) dank neuer harter Durchsuchungsmethoden, die wegen der Situation um die Coronavirus-Infektion eingeführt wurden, entdeckt worden sein soll: Nun gut, Sie haben es

entdeckt – und haben dieses tödliche Mittel in Ihr Land gelassen? Wer wird denn das bei vollem Verstand akzeptieren und all diesen Erfindungen Glauben schenken?“, fügte der Chefdiplomat hinzu. ...



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32697/38/326973881\\_0:223:2915:1800\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_f4308f8d304a8dccecac6e72d8b232ba.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32697/38/326973881_0:223:2915:1800_1000x0_80_0_1_f4308f8d304a8dccecac6e72d8b232ba.jpg.webp)

Dan-news.info: **Bis zum 30. April 2020 haben 23.300 Einwohner der DVR, darunter Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs und ehemalige Häftlinge von Konzentrationslagern einmalige Geldzahlungen zum 75. Jahrestag des Großen Sieges erhalten.** Dies teilte das Arbeits- und Sozialministerium der DVR mit. Jeder der Berechtigten hat 75.000 Rubel erhalten. Insgesamt werden etwa 24.000 Menschen diese Unterstützung erhalten.

de.sputniknews.com: **Mehr als 30 Millionen Erwerbslose seit Mitte März: USA mit Massenarbeitslosigkeit konfrontiert**

Mehr als 30 Millionen Menschen in den USA haben seit der Zuspitzung der Covid-19-Pandemie im März ihren Job verloren. Dies teilte das US-Arbeitsministerium am Donnerstag mit.

In der Woche bis einschließlich 25. April belief sich die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe demnach auf 3,8 Millionen. In den fünf Wochen zuvor hätten bereits 26,4 Millionen Menschen ihren Job verloren – so viele wie nie zuvor in solch kurzer Zeit. Die neue Gesamtzahl lag damit bei 30,2 Millionen seit Mitte März.

Die Erstanträge gelten als Indikator für die kurzfristige Entwicklung des Arbeitsmarkts in der größten Volkswirtschaft der Welt. Sie deuteten zuletzt auf einen dramatischen Konjunkturunbruch hin. Vor der Zuspitzung der Pandemie hatte die Zahl der Erstanträge noch regelmäßig unter 100.000 pro Woche gelegen.

Die US-Arbeitslosenquote dürfte Experten zufolge bereits bei rund 15 Prozent liegen. Einen genauen Wert gibt es aber noch nicht, weil die Statistik zuletzt nicht mit der brachialen Geschwindigkeit der Jobverluste Schritt halten konnte. Neue Daten werden erst Ende kommender Woche veröffentlicht.

Im Februar hatte die Arbeitslosenquote noch bei extrem niedrigen 3,5 Prozent gelegen. Im März waren in fast allen US-Bundesstaaten Ausgangsbeschränkungen verhängt worden, um die Verbreitung des neuartigen Coronavirus zu bremsen. Damit kam das öffentliche Leben für die große Mehrheit der rund 330 Millionen Amerikaner zum Erliegen. Viele Mitarbeiter geschlossener Unternehmen müssen daher Arbeitslosenhilfe beantragen. Viele Amerikaner verlieren auch ihre Krankenversicherung oder können sich diese nicht mehr leisten, wenn sie ihren Job verlieren.

**Billionenschwere Konjunkturpakete**

Der US-Kongress und die Regierung haben bereits Konjunkturpakete in Höhe von rund 2,7 Billionen US-Dollar auf den Weg gebracht, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit und das Einbrechen der Konjunktur abzubremsen. Davon sollen rund 650 Milliarden Dollar bereitstehen für ein Programm, das kleinen und mittelgroßen Unternehmen für die kommenden Monate weitgehend die Lohnkosten ersetzt, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu begrenzen.

### **Größte Konjunkturdelle seit globaler Finanzkrise**

Im vierten Quartal 2019 hatte das US-Wirtschaftswachstum 2,1 Prozent betragen. Von Januar bis einschließlich März ging die US-Wirtschaftsleistung auf das Jahr hochgerechnet im Vergleich zum Vorquartal um 4,8 Prozent zurück, wie das Handelsministerium am Mittwoch mitgeteilt hatte. Es war die größte Konjunkturdelle seit der globalen Finanzkrise. Bei den Daten handelt es sich um die erste Schätzung, der Wert könnte daher Ende Mai oder Ende Juni noch korrigiert werden.

In den USA haben sich nach Angaben der Johns Hopkins Universität bislang rund eine Million Menschen mit dem neuartigen Coronavirus infiziert. Rund 61.000 Infizierte sind gestorben.



[https://cdn.de7.img.sputniknews.com/img/32699/57/326995702\\_0:218:3072:1880\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_2001ba8a6ce04d1f4760c94f243ad2f7.jpg.webp](https://cdn.de7.img.sputniknews.com/img/32699/57/326995702_0:218:3072:1880_1000x0_80_0_1_2001ba8a6ce04d1f4760c94f243ad2f7.jpg.webp)

**Lug-info.com: In der LVR wurden bis heute 129 Fälle von Erkrankungen an der Coronavirusinfektion registriert, teilte das Gesundheitsministerium mit.**

**Davon sind bereits 12 Personen wieder gesundet.**

**Im Einzelnen sind es in Perwomajks 49 Fälle, in Stachanow 21, in Swerdlowsk 15, in Lugansk 17, in Altschewsk 8, in Brjanka 2, in Perewalsk 3.**

### **de.sputniknews.com: Normandie-Konferenz: Maas mahnt Fortschritte im Ukraine-Konflikt an**

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat Moskau und Kiew aufgerufen, die Corona-Krise nicht als Entschuldigung für ausbleibende Fortschritte im Ukraine-Konflikt zu nutzen.

Der SPD-Politiker forderte die Schaffung neuer Übergänge entlang der Kontaktlinie zwischen den Konfliktparteien, Minenräumungen und die Fortsetzung des Gefangenenaustausches, wie er am Donnerstag in Berlin nach einer Videokonferenz der Außenminister von Russland, der Ukraine und Frankreich im sogenannten Normandie-Format sagte.

Es müsse eine vollständige und dauerhafte Waffenruhe erzielt werden, sagte Maas.

„Deshalb liegt der Ball im Feld Russlands und der Ukraine gleichermaßen“, sagte der Minister.

Die früheren Beschlüsse von Paris sollten umgesetzt und dürfen nicht kaputtgemacht werden, auch nicht durch Tatenlosigkeit. „Die Leidtragenden sind die Menschen vor Ort“, sagte Maas. Einigkeit sei darüber erzielt worden, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Zugang zu den Konfliktgebieten bekommen solle. Dies sei erfreulich. „Die Corona-

Pandemie sollte eigentlich ein Weckruf sein, jetzt noch schneller zu Lösungen zu kommen.“ Ohne die objektive Einschätzung der Lage in der Ostukraine durch die Sonderbeobachtungsmission der OSZE lassen sich die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzen, sagte Maas im Vorfeld der Videokonferenz der Außenminister im Normandie-Format am Donnerstag.

„Dazu ist das gegenseitige Misstrauen zu groß. Das weiß auch Russland, das seinen Einfluss auf die Separatisten geltend machen muss“.

Deutschland und Frankreich werfen den Unterstützern von Donezk und Lugansk vor, die Arbeit der dortigen OSZE-Beobachter unter dem Vorwand der Corona-Pandemie zu behindern.

Das Gespräch der vier Außenminister ist das erste in dieser Konstellation seit zwei Jahren. Der letzte Gipfel der Staats- und Regierungschefs hatte im Dezember in Paris stattgefunden. Maas lobte die Fortschritte, die es seitdem etwa beim Gefangenenaustausch gegeben habe. „Wenn wir dort anknüpfen, dann können wir auch in weiteren Punkten vorankommen“, sagte er.

„Dazu wollen wir heute einen klaren politischen Auftrag geben, damit die Umsetzung in der Trilateralen Kontaktgruppe voranschreiten kann“, betonte Maas. In etwa einem Monat sei ein weiteres Gespräch der Außenminister geplant.

### **Donbass-Konflikt**

Der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine dauert seit dem Frühjahr 2014 an. Die Bewohner der Region hatten sich geweigert, den nationalistischen Staatsstreich im Februar in Kiew anzuerkennen, und die Gründung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk verkündet. Kiew leitete daraufhin eine sogenannte Anti-Terror-Operation gegen die Republiken ein. Nach UN-Angaben sind in dem Konflikt bereits mehr als 13.000 Menschen ums Leben gekommen.

### **Konfliktregelung**

Im Rahmen des sogenannten Normandie-Formats suchen die Staatschefs von Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich nach Wegen zur Konfliktregelung im Osten der Ukraine. Im Zeitraum von 2015 bis 2016 waren die Seiten zu einer Vereinbarung hinsichtlich der Trennungslinie und des Waffenabzugs gekommen und hatten das Treffen in Minsk vorbereitet, was zur Unterzeichnung der Minsker Abkommen geführt hat.

Auf dem Gipfel in Paris am 9. Dezember 2019 verabschiedeten die Teilnehmer ein Kommuniqué, in dem betont wird, dass die Minsker Vereinbarungen die Grundlage für die weitere Arbeit bleiben würden.



[https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32655/22/326552268\\_0:0:3234:1751\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_38c64e1ecfe85804263bc07cd6711b22.jpg.webp](https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32655/22/326552268_0:0:3234:1751_1000x0_80_0_1_38c64e1ecfe85804263bc07cd6711b22.jpg.webp)

dan-news.info: **Bildungseinrichtungen der DVR werden ab diesem Jahr die**

**Akkreditierung in Russland nach einem neuen, vereinfachten Verfahren durchlaufen können**, teilte der stellvertretende Minister für Bildung und Wissenschaft der DVR Andrej Udowenko mit.

„In diesem Jahr wurde in der RF entschieden, dass wir die Akkreditierung auf elektronischem Weg durchführen müssen: Alle notwendigen Dokumente werden der russischen Aufsichtsbehörde elektronisch übermittelt, wo sie überprüft werden, und auf dieser Grundlage wird die Entscheidung getroffen. Das heißt, so wie es früher war, dass wir die Dokumente mit ganzen Kleinbussen nach Russland bringen mussten, das wird es nicht mehr geben“, sagte Udowenko.

Die Situation mit COVID-19 wirkt sich auch nicht auf diesen Prozess aus, er verläuft wie vorgesehen.

**abends:**

de.sputniknews.com: **„Gehorsam gegenüber Israel und den USA“ – Nahost-Experte Ruf zum Hisbollah-Verbot**

*Von Paul Linke*

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat ein Betätigungsverbot für die Hisbollah verkündet. Damit folgt das Ministerium einer Aufforderung des Bundestags. Welche Gefahr von der Partei ausgeht, die im Libanon an der Regierung beteiligt ist, erklärt der Konfliktforscher Werner Ruf im Sputnik-Interview

Der Politologe und Nahost-Experte Werner Ruf ist emeritierter Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik. Er ist Mitglied der AG Friedensforschung an der Universität Kassel sowie Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- Herr Prof. Dr. Ruf, wie bewerten Sie das Betätigungsverbot für die Hisbollah durch das Bundesinnenministerium?

- Das ist ein Stückweit spekulativ, was ich sage. Aber ich glaube, das ist ein Gehorsam gegenüber Israel und den USA. Denn es besteht ja kein Grund für ein Verbot. Und auf der anderen Seite muss man sagen, dass die Bundesrepublik ganz normale diplomatische Beziehungen mit Libanon unterhält, wo die Hisbollah an der Regierung beteiligt ist. Also, was soll das?

- Das heißt, sie sehen überhaupt keine Bedrohung, die von der Organisation in Deutschland ausgeht?

- Nein, denn so, wie die Organisation aufgestellt und organisiert ist, mag es ja schon sein, dass in einzelnen Verbänden oder Moscheen, die ziemlich stark von der Hisbollah bestimmt sind, Spenden gesammelt werden. Das ist nicht auszuschließen. Aber ob davon eine Gefahr für die Sicherheit für die Bundesrepublik ausgeht, das scheint mir ein weiter Weg zu sein.

- Das heißt, es ist eher ein Signal an den Partner USA und Israel aus Ihrer Sicht?

- Richtig. Und dieses erfolgt zu einem Zeitpunkt, wo Israel verstärkt Ziele in Syrien bombardiert.

- Israel und die USA haben es ja bereits begrüßt. Was glauben sie, wie kommt dieses Verbot in Beirut im Libanon an, wo ja die Hisbollah eine starke Unterstützung genießt?

- Das wird ganz klar als Akt gegen den Libanon gewertet. Denn man darf nicht vergessen, die Hisbollah ist nicht nur an der Regierung beteiligt, sondern sie hat auch ein ganz großes Prestige, weil sie die einzige militärische Kraft war, die Israel nach dem letzten Krieg gegen den Libanon zum Rückzug gezwungen hat. Das sind ganz andere Sichtweisen. Wenn sich jemand bedroht fühlt, dann ist es mehr der Libanon von Israel, als andersherum.

- Immer wieder hat man Drohungen gegenüber dem nahestehenden Partner Israel aus den

*Kreisen gehört, die der Hisbollah nahestehen. Wie soll Deutschland dem entgegenwirken, wenn nicht durch ein Verbot?*

- Ich denke, die Hisbollah hat sich zu sehr eingelassen auf den Krieg in Syrien und bezahlt da einen heftigen Blutpreis. Deren Hauptziel ist zumindest derzeit nicht Israel. Dazu kommt, dass Israel dem Libanon haushoch militärisch überlegen ist und im letzten Krieg auch bereits gezeigt hat, dass es bereit ist nahezu alle Waffensorten einzusetzen, um die libanesischen Infrastruktur zu zerstören. Ich glaube nicht, dass die Hisbollah in dieser Situation darauf aus wäre, mit Israel einen neuen Waffengang zu wählen.

<https://soundcloud.com/sna-radio/gehorsam-gegenuber-israel-und-den-usa-nahost-experte-werner-ruf-zum-hisbollah-verbot>

### **ukrinform.de: Kuleba rief Lawrow auf, ukrainische Gefangene in Russland und auf der Krim freizulassen**

Der Außenminister der Ukraine, Dmytro Kuleba, hat heute während des Online-Treffens im Normandie-Format den russischen Außenminister Sergej Lawrow aufgefordert, aktiver an der Freilassung ukrainischer Gefangener in der Russischen Föderation und auf der besetzten Krim zu arbeiten.

Darüber berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Natürlich haben wir uns auf die Frage über den Austausch von Häftlingen konzentriert und den bereits stattgefundenen Austausch begrüßt. Aber natürlich sind wir noch weit von der Umsetzung der Formel „alle gegen alle“ entfernt, also müssen wir uns vorwärts bewegen. Hier müssen Russland und die Ukraine weiter zusammenarbeiten. Ich habe bei der Gelegenheit des Normandie-Gesprächs die Notwendigkeit der Freilassung der Ukrainer gesondert betont, die auf dem Territorium der Russischen Föderation und auf der besetzten Krim gefangen gehalten werden, und rief meinen russischen Kollegen auf, sich aktiv für ihre Freilassung einzusetzen“, sagte Kuleba.

Er fügte auch hinzu, er habe seinerseits die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekräftigt, damit die Ukrainer nicht nur aus den besetzten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk, sondern auch aus der Russischen Föderation und der besetzten Krim heimkehren.